

Stellungnahme zur unabhängigen Asylverfahrensberatung

Die unabhängige Asylverfahrensberatung (uAVB) unterstützt täglich Menschen, die nach oft jahrelanger Flucht in Deutschland ankommen oder später einen Asylantrag stellen. Aufgabe der unabhängigen Asylverfahrensberatung ist es, Schutzsuchende unabhängig, vertraulich und ergebnisoffen über das Asylverfahren, ihre Rechte und Pflichten zu informieren und sie auf ihre Anhörung vorzubereiten. Eine gut strukturierte Darstellung der Fluchtgründe und die Berücksichtigung besonderer Schutzbedarfe sind entscheidend für ein faires und rechtsstaatliches Verfahren. Die geplante Kürzung der Bundesförderung um 80 Prozent würde dieses bewährte Beratungsangebot faktisch beenden. Wir fordern die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, die notwendigen Mittel bereitzustellen und die unabhängige Asylverfahrensberatung dauerhaft zu sichern.

Die unabhängige Asylverfahrensberatung stärkt nicht nur die Rechte der Schutzsuchenden, sondern auch die Funktionsfähigkeit des Asylsystems. Durch qualifizierte Beratung werden Verfahren besser vorbereitet, besondere Schutzbedarfe frühzeitig erkannt und aussichtslose Klagen vermieden. Davon profitieren das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Verwaltungsgerichte und der Rechtsstaat insgesamt. Die vom BAMF angebotene behördliche Rechtsauskunft kann die unabhängige Beratung nicht ersetzen. Allgemeine Informationen genügen nicht, um individuelle Fluchtgeschichten, rechtliche Besonderheiten und persönliche Schutzbedarfe angemessen zu berücksichtigen. Zudem kann eine Behörde, die zugleich über den Asylantrag entscheidet, die notwendige Unabhängigkeit der Beratung nicht gewährleisten. Das GEAS-Anpassungsgesetz geht ausdrücklich davon aus, dass die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung neben der behördlichen Rechtsauskunft bestehen bleibt.

Die Abschaffung der uAVB bedeutet weit mehr als den Wegfall eines Beratungsangebots. Sie schwächt den Zugang zu einem fairen Asylverfahren und damit einen zentralen Bestandteil des Rechtsstaats. Gerade in Zeiten, in denen demokratische Werte unter Druck stehen, ist eine unabhängige Beratung unverzichtbar. Ein Rechtsstaat braucht unabhängige Beratung. Wer sie abschafft, schwächt den Zugang zum Recht – und damit die Rechte der Schwächsten.

Berlin, September 2026

Sprecher*innen des Forums der Migrant*innen im Paritätischen

Deniz Greschner
Multikulturelles Forum e.V.

Mahmut Hamza
PLANB Ruhr gGmbH

Cornelia Rasulis
Verein der Eltern aus
Kurdistan in Deutschland -
Yekmal e.V.

Yan Ugodnikov
Forum Gemeinsam für Integration -
GEMI e.V.